

1. Für den Enkel gespart, für die Pflege eingezogen

In unserer alternden Gesellschaft werden immer mehr Menschen zum Pflegefall. Wenn die Pflegekosten das Budget des Pflegebedürftigen übersteigen und keine Vorsorgeversicherung abgeschlossen wurde, springt der Staat zunächst ein. Im Anschluss versucht er seine Auslagen zurückzubekommen, etwa bei den Kindern, sofern diese gut verdienen. Er darf aber auch auf im Namen der Enkelkinder angelegte und besparte Lebensversicherungen und Sparkonten zugreifen, wie ein aufsehenerregendes Urteil des OLG Celle bekräftigt hat.

Zu verhandeln war, ob Bonussparkonten, die eine Großmutter 2003 und 2005 für ihre beiden Enkel angelegt und mit 50 Euro monatlich bespart hatte, vor dem Zugriff des Staates sicher sind. Immerhin liefen die Konten auf die Namen der Enkel. Mit der Entscheidung pro Sozialträger haben die Richter für Verunsicherung gesorgt: Wie kann man seinen Enkelkindern auf sichere Weise Geld zukommen lassen, ohne dass es später wieder eingezogen werden kann? Zur Disposition stehen generell Schenkungen, die nicht als Anstandsschenkung gelten. In letztere Kategorie fallen beispielsweise Hochzeitsgeschenke. Liegt der Zweck dagegen im Kapitalaufbau, wie auch bei einer Kapitallebensversicherung, hat der Staat prinzipiell ein Zugriffsrecht. Die beste Vorsorge ist eine private Pflegezusatzversicherung, die indirekt auch das für die Enkel angesparte Vermögen schützt.

2. Wie Corona die Haltung deutscher Anleger verändert hat

Die Coronakrise hat die Neigung zu sparen bei den Deutschen merklich erhöht, wenngleich der monatliche Sparbeitrag gegenüber November 2019 deutlich gefallen ist. Das ergab eine im Juni durchgeführte Umfrage unter mehr als 2.100 Bundesbürgern mit einem Anlagevermögen von mindestens 10.000 Euro oder einem Nettogehalt von mindestens 2.000 Euro monatlich. Der Indexwert der Sparneigung auf einer Skala von 1 bis 6 stieg zwischen November und Juni von 4,04 auf 4,31. Die von 616 auf 391 Euro gesunkene durchschnittliche Sparrate dürfte auf die gestiegene Zahl derer zurückgehen, die trotz knapper Einnahmen vorsichtshalber Geld zurücklegen.

61 Prozent gaben an, dass sie bei Geldanlagen mehr auf Sicherheit achten würden. Sparbuch, Tages- und Festgeld, Lebensversicherungen und Bausparverträge büßten allerdings weiter an Beliebtheit ein und rangieren deutlich hinter Fonds, Aktien und ETFs. Die Kapitalmärkte scheinen also das Vertrauen der Deutschen auch in der Krise nicht verspielt zu haben. Am attraktivsten finden die Bundesbürger allerdings die betriebliche Altersvorsorge.

3. Auch virtuelle Güter sind nun versicherbar

Schon bisher gab es Versicherungen speziell für die wachsende Zielgruppe der Computerspiel-Liebhaber. Die Policen umfassten aber lediglich die Hardware, also die Konsolen, Laptops und PCs, während virtuelle Güter – etwa Avatare mit besonderen Fähigkeiten – außen vor blieben. Dabei steckt auch in so manchen Nullen und Einsen richtig Geld: Von den 6,1 Milliarden Euro, die 2019 hierzulande mit Computer- und Videospiele umgesetzt wurden, entfielen 2,25 Milliarden auf In-Game-Käufe.

Die damit erworbenen, oder auch die selbst erspielten, virtuellen Güter lassen sich neuerdings ebenfalls versichern. Mit den bisher erhältlichen Angeboten kann man beispielsweise seine Accounts auf verschiedenen Plattformen gegen Hackerangriffe wappnen; erstattet werden im Verlustfall die Kosten für erworbene Items. Ein eventueller Marktwertzuwachs bleibt dabei unberücksichtigt. Zudem sind erspielte und nicht erworbene Güter außen vor. Ein anderes Angebot richtet sich an E-Sport-Vereine und umfasst rund um eine Vermögensschadenspolice verschiedene Module, die auch erspielte Items abdecken.

4. Goldpreis erlebt Höhenflug

Lange Jahre dümpelte der Goldpreis um die 1.300-Dollar-Marke pro Feinunze und machte Anlegern damit wenig Freude. Nun aber zeigt sich wieder einmal: Krisenzeiten sind Goldzeiten. Auf über 2.000 Dollar stieg der Kurs Anfang August. Die Bank of America hält laut einer Prognose aus dem April sogar 3.000 Dollar innerhalb des nächsten Jahres für gut möglich. Und das, obwohl die Nachfrage in den wichtigen Konsumentenländern China und Indien stark eingebrochen ist. Auch im Mittleren Osten und in der Türkei wird deutlich weniger Gold gekauft als vor der Pandemie. Dennoch läuft die Goldproduktion weiter, Jahr für Jahr wächst die weltweite Menge des Edelmetalls um rund 2,5 Prozent.

Laut Analysten sorgen vor allem Gold-ETFs für hohe Nachfrage. Ein Einstieg zum jetzigen Kurs setzt eine große Portion Optimismus voraus, denn heftige Kursrückschläge sind nicht ausgeschlossen. Wer einsteigen will, kann dies direkt über den Erwerb physischen Goldes oder über eine Beteiligung an Goldfonds wie ETFs tun. Für anonyme Goldkäufe gilt allerdings seit Jahresbeginn eine Obergrenze von 2.000 Euro.

5. Wie unwettergefährdet ist Ihr Haus?

Die meisten Hausbesitzer und Mieter haben nur eine eher diffuse Vorstellung des Naturgefahren-Potenzials an ihrem Standort. Der vom Versicherer-Gesamtverband GDV aufgesetzte „Naturgefahren-Check“ vermittelt ihnen nun einen konkreteren Eindruck davon, wie kostspielig und schwerwiegend Schäden durch Starkregen oder Sturm und Hagel in der jüngeren Vergangenheit in der jeweiligen Lage ausfielen. Zudem lässt sich das Hochwasserrisiko in Erfahrung bringen.

Auf der Seite www.dieversicherer.de/versicherer/haus---garten/naturgefahren-check muss lediglich die Postleitzahl eingetragen werden, um die folgenden, aus Versicherungsfällen generierten Daten für 2019 zu erhalten: Zahl der Schäden im Bundesland, die teuersten Schäden durch Starkregen oder Sturm/Hagel an einem Einfamilienhaus in der Region und eine Hochwasser-Gefahrenereinschätzung für Gebäude im betreffenden Postleitzahlengebiet. Die Informationen sollen Anhaltspunkte für Schutzmaßnahmen, die Bauplanung und optimalen Versicherungsschutz liefern. Noch immer haben viele Hausbesitzer keine Elementargefahrenversicherung für ihr Gebäude und ihren Hausrat abgeschlossen und stehen daher im Falle des Falles „im Regen“.

6. So schnitten verschiedene Assetklassen im ersten Halbjahr 2020 ab

Was wäre bis zum 30. Juni 2020 aus 10.000 Euro geworden, die man am 1. Januar angelegt hat? Wie stark schlägt die Coronakrise bisher ins Kontor der Anleger? Diesen Fragen ging die Redaktion des Finanzmagazins „procontra“ kürzlich für einige wichtige Assetklassen nach.

Wer 10.000 Euro in den DAX investiert hätte, müsste ein Minus von 700 Euro hinnehmen – was angesichts des zwischenzeitlichen Kursrutsches noch glimpflich genannt werden kann. Der Dow Jones dagegen hätte aus den 10.000 nur 9.010 Euro gemacht – und in den USA sind die Perspektiven aufgrund der wütenden Pandemie derzeit zudem ziemlich düster, weshalb ein Aktienengagement dort starke Nerven erfordert. Besser als DAX und Dow Jones schnitt der japanische Nikkei-Index ab, der den Verlust einer 10.000-Euro-Investition auf 600 Euro begrenzt hätte, schlechter dagegen der Euro Stoxx 50 mit 1.280 Euro Verlust.

Gewinne gab es beim Gold: 1.520 Euro hätte man bei einem Einstieg zum Jahresanfang mit 10.000 Euro hereinholen können. Der Bitcoin hätte sogar 2.690 Euro Rendite eingebracht. Am anderen Ende der Risikokala stehen Tagesgeldkonten, die für 10.000 Euro in einem Halbjahr rund 10 Euro Zinsen

abwerfen. Immer noch mehr als zehnjährige Bundesanleihen, deren Halter in diesem Zeitraum 21,25 Euro zusätzlich hinlegen müssen.

7. Europäische Finanzaufsicht bringt Europarente voran

Die vor rund einem Jahr initiierte Europarente nimmt Formen an. Das standardisierte Privatvorsorgeprodukt mit dem Namen PEPP (Pan-European Personal Pension Product) soll leicht verständlich und transparent sein, digital abgeschlossen und verwaltet werden können und eine Kostenquote von maximal einem Prozent aufweisen. Damit soll es Angestellten wie Arbeitslosen, Selbstständigen wie Studenten als zusätzliches Vehikel zur privaten Altersvorsorge offenstehen. Den Vertrieb können quasi alle etablierten Finanzdienstleister übernehmen, von Banken und Versicherungen über Vermögensverwalter bis hin zu freien Versicherungsmaklern.

Die europäische Finanzaufsicht Eiopa hat nun konkretere Empfehlungen zur Ausgestaltung gegeben, vor allem zu den Informationspflichten. Vorgesehen sind zwei Kundeninformationsdokumente inklusive eines Risiko-Indikators, damit die Kunden auch sicher wissen, was sie unterschreiben (bzw. online abschließen). Die Europarente muss noch einige legislative Hürden nehmen, mit einem Start ist frühestens im zweiten Halbjahr 2021 zu rechnen.

8. Zwang zur Honorarberatung führt zu Beratungslücken

Von Verbraucherschützern wird gern auf Großbritannien als leuchtendes Vorbild verwiesen: Die Provisionsvergütung – wie sie auch in Deutschland dominiert – wurde dort 2013 abgeschafft, Finanzberater müssen seitdem von den Kunden per Honorar für Anlage- und Altersvorsorgeberatung entlohnt werden.

Aktuelle Daten der EU-Wertpapieraufsicht und der britischen Finanzaufsicht zeigen nun erneut: Briten mit niedrigem oder mittlerem Einkommen verzichten allzu oft auf Beratung, womit ihre Vorsorgelücke wächst. So bringen Investmentfonds britischen Anlegern im europäischen Vergleich weit unterdurchschnittliche Renditen, was als Hinweis auf mangelnde Beratung gelten kann. Laut Umfragen verzichten 84 Prozent der Fondskäufer auf der Insel auf selbige, um die Honorarkosten zu sparen. Die Finanzaufsicht FCA hat sogar für 2019 eine Beratungsquote von lediglich 10 Prozent ermittelt – 2006 hatte diese noch bei 57 Prozent gelegen. Fazit: Der Zwang zur Honorarberatung führt zu wesentlich weniger Beratung und am Ende zu wesentlich schlechteren Geldanlagen.